

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 8.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postsekonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13088.

Inseratpreise: Die 7 gespaltene Zeile 50 Pfg. und 50%, Feuerungszuschlag — 75 Pfg. Beleg bei Plagvorschrift 55 Pfg. und 50%, Feuerungszuschlag — 80 Pfg. Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postsekonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Durch Ihre höchste Instanz, durch den Parteitag zu Leipzig, hat sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands erneut und entschieden zum revolutionären Sozialismus bekannt.

In dem einstimmig beschlossenen Aktionsprogramm wird ausgesprochen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, die alle Hand- und Kopfarbeiter umfaßt. Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Vorbedingung zur Verwirklichung des Sozialismus. Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse wird gemeinsam geführt von der Unabhängigen Sozialdemokratie, den Gewerkschaften, die sich zum unverfälschten Sozialismus bekennen, und der proletarischen Parteiorganisation. Wir fordern darum unsere Genossen und Genossinnen auf, auch fernerhin für ein brüderliches

### Zusammenarbeiten zwischen diesen drei Organisationen

Wir für die soziale Revolution zu wirken. In unserer Partei muß alles daran gesetzt werden, daß die Grundzüge und Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus zum gemeinsamen Gut aller Mitglieder werden. In den Gewerkschaften haben unsere Mitglieder unter Ablehnung aller syndikalistischen und anarcho-syndikalistischen Bestrebungen bei der Umgestaltung der Gewerkschaften zu Kampforganisationen das treibende und führende Element zu sein. Die Parteiorganisation ist in ihrem wirtschaftlichen und politischen Aufbau auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Unser aller Bestreben muß es sein, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß das deutsche Proletariat erfaßt und kampffähig gemacht wird. Die Partei hat durch den Parteitag den unerschütterlichen Willen bekundet, jeden konterrevolutionären militärischen und kapitalistischen Putsch durch Massenaktionen niederzuzwingen. Das Zerbrechen der nationalstaatlichen und imperialistischen Reaktion, die schwächliche Haltung der Regierung, den Hauptverbrecher zu sein scheint, geben den Entente-Imperialisten immer neue Gelegenheiten, den Frieden hinauszuwischen. Das deutsche Proletariat ist nicht gewillt, sich durch die Machenschaften der Reaktion in neue gefährliche Abenteuer führen zu lassen.

In der Erkenntnis, daß dem imperialistischen Weltkapital eine geschlossene Front des internationalen revolutionären Proletariats entgegengesetzt werden muß, begrüßt der Parteitag jeden Schritt, welcher zum Zusammenschluß mit den revolutionären Proletariaten aller Länder führt. Wir erklären uns erneut solidarisch mit

### Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kurt Eisner, Ernst Däumig, Wilhelm Dittmann, Adolf Hoffmann, B. Roemer, Franz Rühlker, Julius Rösler, Anna Remik, Hermann Radtke, Kurt Rosenfeld, Walter Stoedter, Ruffe Fleck.

### Der Verfassungsbrecher Noske!

Berlin, 10. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Genosse Kumer hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

In dem vor dem Berliner Militärgericht verhandelten Noske-Prozess gegen Noske und Komplizen machte der Hauptmann Schwabacher als Zeuge unter seinem Eid das Eingeständnis:

Meines Erachtens trägt an der Erklärung der Ratrosen der Noske-Erlass die Schuld. Wie weit die Regierung ging, illustriert der Fall der Kasernen, welche kurz vor dem Versailler Frieden aufgelöst wurde. In dieser Kasernen legte sich der Reichswehrminister Noske über die Immunität der unabhängigen Abgeordneten hinweg, weil der Minister die Absicht hatte, gegen die Unterzeichnung des Friedens zu stimmen. Da es sich um einen Gewaltsbefehl handelte und der Minister nachher für den Frieden stimmte, sind die Kasernen nicht in Kraft getreten, aber ihre Auflösung ist überaus bezeichnend.

Inwiefern und seit wann ist die Regierung über das geltend gemachte rechts- und verfassungswidrige Vorgehen des Reichswehrministers Noske unterrichtet?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die gefährdete Immunität der Mitglieder der Nationalversammlung, sowie Freiheit und Leben schuldloser Staatsbürger sicherzustellen?

### Amfliche Stimmungsmache.

Berlin, 10. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Als gestern die vier Bände der Vorkriegsreden des Vertriebenen der Zeitungen in einer Pressekonferenz überreicht wurden, erhielten diese zugleich einen Zeitschaden in die Hand gedrückt, der eine Anzahl von Schriftstücken fertig zum Abdruck enthielt.

Die Freiheit erhebt gegen diesen Verstoß Einspruch. Er enthält durchweg Depeschen und Noten, in denen die deutsche Politik in ein verhältnismäßig günstiges Licht gerückt wird. Kein einziges der darin vorkommenden Schriftstücke läßt die Ueberheblich-

keit und Selbstgefälligkeit der deutschen Regierung in jenen Tagen wirklich erkennen. Der offizielle Zeitschaden habe nur den einen Wert, daß er die Unerschlichkeit der gegenwärtigen Regierung erkennen lasse.

**Isorloger Frieden mit Sowjetrußland.**  
Die Blut- und Eisenpolitik der Noske-Sozialisten hat sich im Mariah-Prozess in ihrer furchtbaren Barbarei entfaltete, der weiße Terror der militärischen Bestien zeigt sich in diesem Prozess in seiner ganzen Scheußlichkeit. Das Urteil wirkt wie eine Aufmunterung zu neuen Gewalttaten und wie eine Hausforderung des Klassenbewußten Proletariats.

Mehr denn je erkennt das deutsche Proletariat, daß dem Willen der militärischen Gegenrevolution eine einheitliche proletarische Kampffront entgegengesetzt werden muß. Die Arbeiterklasse wird um so härter sein und um so rascher liegen, als sie geschlossen und einmütig auftritt. Diese Geschlossenheit kann nicht erst durch eine formelle Einigung innerlich auseinanderstrebender Elemente. Sie kann nur von der Arbeiterklasse selbst herbeigeführt werden auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes, daß der

### Diktatur des Militärs und des Finanzkapitals die Diktatur des Proletariats entgegenstellt.

Deshalb ist das Bekenntnis in Wort und Tat zu den Grundzügen des wissenschaftlichen Sozialismus, wie sie in unserem Aktionsprogramm niedergelegt sind, die erste Voraussetzung zur Einigung der Arbeiterklasse.

Dem proletarischen Klassenkampf Inhalt, Richtung und Ziel zu geben, das ist die geschichtliche Aufgabe, die unsere Partei zu erfüllen hat. Sie kann dem Proletariat in seinem Kampfe für den Sozialismus nur Führerin und Bannerträgerin sein, wenn sie der rechtssozialistisch-bürgerlichen Politik eine unabhängige sozialistische Politik entgegenstellt.

### Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Der Parteitag hat uns ein Aktionsprogramm geschaffen, dessen Wertkraft von der größten Wirkung sein wird. Er hat unsere Partei nach hellem Ringen durch seine Arbeit und Beschlüsse nur geschlossen, härter und kampfbereitender gemacht.

An euch ergeht der Ruf, rüchme in der Arbeit zu erlahmen, durch die das Proletariat für den Sozialismus gewonnen werden soll.

### Schwere Kämpfe gegen den Kapitalismus

Gegen hinter uns, schwerere Kämpfe für die Befreiung der Arbeiterklasse stehen uns bevor. Von der Dummheit nicht verstanden, von der Gemeinheit gehäßt, von der Niedertracht verfolgt, von der Brutalität bedroht, rohen wie unsere Feinde. Denn in uns allen liegen unausrottbarer Kampfwille und Siegeszuversicht! Wir alle sind bereit, für die Befreiung der Menschheit unser ganzes Sein einzusetzen.

Der Parteitag hat uns ein Aktionsprogramm geschaffen, dessen Wertkraft von der größten Wirkung sein wird. Er hat unsere Partei nach hellem Ringen durch seine Arbeit und Beschlüsse nur geschlossen, härter und kampfbereitender gemacht.

An euch ergeht der Ruf, rüchme in der Arbeit zu erlahmen, durch die das Proletariat für den Sozialismus gewonnen werden soll.

### Schwere Kämpfe gegen den Kapitalismus

Gegen hinter uns, schwerere Kämpfe für die Befreiung der Arbeiterklasse stehen uns bevor. Von der Dummheit nicht verstanden, von der Gemeinheit gehäßt, von der Niedertracht verfolgt, von der Brutalität bedroht, rohen wie unsere Feinde. Denn in uns allen liegen unausrottbarer Kampfwille und Siegeszuversicht! Wir alle sind bereit, für die Befreiung der Menschheit unser ganzes Sein einzusetzen.

### Noskeversuche in Bayern?

München, 10. Dezember. (L. V.) Die separatistische Bewegung in Bayern hat große Fortschritte gemacht. Sie wird, wie im Rheinland, durch die lebige Eisenpolitik in Berlin unterstützt. Selbst rühmige und national denkende Politiker, welche bisher zum Reiches standen, wollen jetzt die Reichswehr nicht mehr mitmachen. Die Bewegung, welche auf Schaffung einer rheinischen Republik und eines süddeutschen Freistaates hinausläuft, findet bei der Entente, besonders bei Frankreich, lebhaftes Interesse.

### Überwachung des Rheins durch die Ententegruppen.

Köln, 10. Dezember. (L. V.) Die die hier verkehrende amerikanische Zeitung „Amazoo“ mitteilt, unterhält die amerikanische Abteilung der Interalliierten Eisenbahn- und Wasserstraßenkommission jetzt Tag für Tag zwischen Remagen und Bingen einen Wachdienst auf dem Rhein. Das gleiche tun die Belgier, Franzosen und Engländer in den von ihnen besetzten Gebieten. Kein Boot darf den Rhein ohne besondere Erlaubnis befahren. Dadurch wird jeder Versuch, Waren aus dem besetzten nach dem unbesetzten Gebiet über den Rhein zu schmuggeln, vollständig unmöglich gemacht.

### Mit dem Flugzeug von England nach Australien.

Amsterd., 9. Dezember. Das Professorenradio meldet, daß Kapitän Rosinich mit seinem Vickers-Flugzeug auf dem Wege nach Australien von London am 6. Dezember in Java eingetroffen ist.

## Die Entente verlangt unverzügliche Unterzeichnung.

Die Entente besteht auf der Auslieferung der Schuldigen und des Eisenmaterials.

Die Noten der Entente sind hart und die Bedingungen, die sie stellen, sind äußerst schwer. Eine Verhandlung über die Höhe der abzuliefernden Bagger, Schwimmböden usw. wird vor der Unterzeichnung des Friedensprotokolls abgelehnt; es wird lediglich eine billige Prüfung der Forderungen der deutschen Regierung auf Ermäßigung der Abgabe versprochen, sobald die Ratifikation erfolgt ist. Das ist nach allen bisherigen Erfahrungen nicht unbedenklich. Aber die Schuld, daß die Entente über die Gefährdung der Lebensinteressen der deutschen Schiffahrt nicht schon besser unterrichtet ist, fällt Deutschland zu, das im Vertrauen auf die Haltung Amerikas und um der teuren Sümpfer Hindenburgs und Ludendorffs willen seine Sachverständigen aus Paris zurückrief. Jetzt, da die Frist zur Unterzeichnung nahezu verstrichen ist, will die gescheite Reichsleitung die Sachverständigen schicken. Jetzt steht die Frage nur noch so, ob durch die Verzögerung der Unterschrift irgend etwas gebessert werden kann. Und die Antwort muß entschieden Nein lauten. Die Befreiung des Ruhrreviers würde zur wirtschaftlichen Katastrophe werden und die Auslieferung der Bagger und Schwimmböden würde uns dann erst recht nicht erspart bleiben. Ueber die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen, die das Nichtunterzeichnen haben würde — die Hungerbedeutet den nackten Hunger in kurzer Frist, die Abtrennung des Ruhrreviers würde die Industrie durch Kohlemangel völlig lahmlegen und die Arbeiter brotlos machen, würde das Proletariat zum Frieren in den härtesten Wintermonaten verurteilt — können sich nur gewissenlose alldoische Demagogen, wie die Macher der Leipziger Neuesten Nachrichten, leichten Herzens hinwegsehen, in der falschnutzenigen Erwägung, daß die „besseren Kreise“ auch dann noch zu leben haben werden, wenn das Proletariat im Elend zugrunde geht.

Die Situation steht wieder so wie im Juni, als es sich um die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien handelte. Den Ausern nach der Nichtunterzeichnung ist es in Wahrheit gar nicht darum zu tun, den Abschluß des Vertrags wirklich zu verhindern, sie wollen lediglich vor der Welt als die echten Zeitschützen und Vaterlandsbrecher dastehen und billiges Agitationsmaterial gegen die Regierung gewinnen. Käme es wieder so wie im Juni, daß es schließlich in ihrer Hand läge, die Unterzeichnung zu vereiteln, so würden sie schämig zusammenzucken und froh sein, wenn die andern unterzeichnen! Wie im glorreichen Juni des Jahres 1919!

Gebessert wird durch die Nichtunterzeichnung nichts! Die Spekulation auf Amerika, die Sorge für die verbucherten Militärs hat die Lage Deutschlands lediglich verschlechtert. Die Noten der Entente eröffnen dabei trotz ihrer Härte die Aussicht auf Milderung der Bagger- und Schwimmbödenforderung, sie stellen die Freilassung der Gefangenen nach der Unterzeichnung in nahe sichere Aussicht. Allein dies letztere ist zwingender Grund für die sofortige Unterzeichnung. Die Regierung hat jetzt alle weiteren Winkelzüge zu unterlassen. Sie ist nach den neuesten Meldungen entschlossen, zu unterzeichnen — die dummen Drohungen Noskes, die wir gestern verzeichnen mußten, haben wie immer, wenn es nicht gegen deutsche Arbeiter geht, nichts zu bedeuten gehabt — sie will aber vorher noch Verhandlungen führen. Da die Entente das aber abgelehnt hat, so kann dies Verlangen noch in letzter Stunde zur Kritik, zur Kündigung des Waffenstillstands führen. Ist das etwa die Absicht? Will die Regierung, um der Auslieferung der Generäle zu entgehen, lieber den neuen Krieg, lieber die spätere Festhaltung der Gefangenen?

Denn immer wieder muß hervorgehoben werden, was wir hier wiederholt festgenommen haben: Nicht die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, sondern die Angst vor der Auslieferung der Kriegsverbrecher, vor der Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs ist es, was die deutsche Regierung zu ihrem gefährlichen Spiel getrieben hat. Jetzt hat sie die diplomatische Niederlage, die wir vorausgesagt haben. Jetzt ist die Aufgabe, zu verhindern, daß diese „Staatsmänner“ aus dieser diplomatischen Niederlage eine Katastrophe für das deutsche Volk machen und unsere Kriegsgefangenen zu weiterem langem Martirium verurteilen!

Die Verhandlung der Nationalversammlung am heutigen Tage muß endlich volle Klarheit über die Taktik der Regierung bringen. Die offiziellen Äußerungen sind zweideutig. Der Presschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Kaufser, sagte am Dienstagabend in einem Vortrag: Wir können die als Ersatz für Scapa Flow verlangte Tonnage nicht liefern, wenn wir uns nicht wirtschaftlich engblütig ruhieren wollen, wir sind aber unter dem Druck der Verhältnisse bereit, Ersatz auf anderem Gebiete zu liefern, und wir wollen vor Unterzeichnung des Friedensvertrags Sachverständige nach Paris schicken, die über die Lage der Wirtschaft Auskunft geben.